



Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: 0086/2001 Status: öffentlich Datum: 10.05.2001	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>		
<u>Amt:</u>	Stabstelle für Wirtschaftsförderung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>		
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform, Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Einrichtung eines Regionalmanagements in der "Technologieregion Gießen-Marburg-Wetzlar" als Instrument der Entwicklungsförderung für den Wirtschaftsraum Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

die beigefügten Überlegungen zur Einrichtung eines Regionalmanagements als Instrument der Entwicklungsförderung für den Wirtschaftsraum Marburg sowie den darauf aufbauenden Satzungsentwurf für das Regionalmanagement der „Technologieregion Gießen-Marburg-Wetzlar“ zur Kenntnis zu nehmen und als richtungsweisend für die weitere parlamentarische Behandlung zu behandeln.

Begründung:

1. Es ist weitgehend unumstritten, dass die wirtschaftlichen Entwicklungschancen Marburgs in der interkommunalen Kooperation mit den mittelhessischen Gebietskörperschaften liegen. Wenn Wissen und neue Technologien der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sind und diejenigen Regionen in Zukunft über dauerhafte Arbeitsplätze verfügen, die neues Wissen und neue Technologien nutzen und unternehmerisch vorantreiben, hat Marburg im Verbund mit seinen Nachbarn hervorragende Chancen, sich zu profilieren und zu positionieren. Mit drei Hochschulen auf eine Million Einwohner verfügt Mittelhessen wie wohl keine andere Region in Deutschland über eine hohe Wissens- und Innovationsdichte. Einem führenden deutschen Wirtschaftsmagazin zufolge, liegt die Region im Ranking von 97 Technologieregionen Deutschlands an 31. Stelle, Nordhessen dagegen an 91. Stelle. Die im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg erarbeiteten „Entwicklungsperspektiven für den Wirtschaftsstandort Universitätsstadt Marburg“ zeigen ebenfalls die Süd-Bindung Marburgs auf: „Marburg 2010: Ausbau des Wissenschaftsstandortes Marburg in regionaler Kooperation zu einem anerkannten Standort für Zukunftstechnologie-Unternehmen in Deutschland mit hoher Lebensqualität als Impulsgeber für die gesamte mittelhessische Region“ lautet das wirtschaftspolitische Leitbild Marburgs. Marburg ist Teil des mittelhessischen

Wirtschaftsraumes und kann als Tor zu Nordhessen zukünftig eine wichtige Brückenfunktion zur Wirtschaftsregion Kassel ausfüllen.

2. Um die Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu erhöhen, sind deren Akteure – mithin auch die Stadt Marburg -aufgefordert, sich auf der Basis der bereits geleisteten Arbeiten zu positionieren und eine Strukturpolitik mit einem gemeinsamen Regionalmanagement voranzutreiben. Ziel ist es, eine von den relevanten Akteuren getragene Organisation zu etablieren, die - ansetzend an den regionalen Kernproblemen und Entwicklungspfaden - Entwicklungsprozesse anregt und initiiert sowie entsprechende Maßnahmen moderiert und koordiniert. Da eine wichtige Aufgabe im gemeinsamen Standortmarketing liegt, sollte mit dem Namen „Technologieregion Gießen-Marburg-Wetzlar“ ein mediengerechter Träger des abstrakten Begriffs Mittelhessen verwendet werden. Die interkommunalen Initiativen „Region Frankfurt“ und „Region Kassel“ tragen ebenfalls der Tatsache Rechnung, dass Regionen sich im Wettbewerb durch die sie prägenden bundes- bzw. weltweit bekannten Städte definieren.
3. In Anbetracht der Entwicklung, dass jüngst sowohl im südlichen Rhein-Main-Gebiet als auch in Nordhessen Regionalkonferenzen abgehalten wurden, auf denen man sich auf ein gemeinsames Handeln verständigt hat, ist auch in Mittelhessen Eile geboten, die Einrichtung eines Regionalmanagements voranzutreiben. Nach mehreren Jahren Diskussion stehen nunmehr Entscheidungen auf der Tagesordnungen, sonst besteht die Gefahr, dass sich die Region im interkommunalen Wettbewerb um seine Chancen bringt und die jetzt in Gang gesetzten Prozesse im Norden und Süden, die Energien auf ihre „Mühlräder“ lenken. Die Oberbürgermeister der drei Städte Gießen, Marburg und Wetzlar sind sich dieser Herausforderung und Verantwortung bewusst. Auf Ihre Initiative hin wurde nicht nur in das seit 01.04.01 in Kraft getretene „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main“ (BallrG vom 19.12.2000) eine Öffnungsklausel aufgenommen, die auch den Städten außerhalb des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main Zusammenschlüsse im Sinne dieses Gesetzes eröffnet. Sie haben sich auch in Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten auf erste Schritte für ein Regionalmanagement der „Technologieregion Gießen-Marburg-Wetzlar“ verständigt und bereits bei der Landesregierung Hessen um finanzielle Unterstützung ersucht.
4. Um die eingeleiteten Anfänge in Richtung Regionalmanagement Mittelhessen/Städtedreieck Gießen-Marburg-Wetzlar unter Einbindung aller relevanten Kräfte zu stärken und nicht zu konteragieren, ist es nun zwingend notwendig, dass die Stadt Marburg mit einer Stimme spricht und handlungsorientiert entscheiden kann.

Anlagen